



öffentlich

Betreff:
Sozialarbeit an Potsdamer Schulen

Erstellungsdatum 10.10.2007

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

| Beratungsfolge: | | Empfehlung | Entscheidung |
|-------------------|--|------------|--------------|
| Datum der Sitzung | Gremium | | |
| 07.11.2007 | Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam | | |

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt Voraussetzungen zu schaffen, um die Sozialarbeit an Potsdamer Schulen weiter auszubauen.

Dabei sind die Prioritäten auf der Grundlage der Auswertung der Erhebung zum Sozialarbeitsbedarf an den Schulen - DS 07/SVV/0733 - zu setzen.

Der Jugendhilfeausschuss ist in seiner Sitzung am 18. Dezember 2007 über das Ergebnis zu informieren.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

| | | | | |
|---|---|--|------|------------|
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit | Ja | Nein | Enthaltung |
| <input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.: | <input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt | | |
| <input type="checkbox"/> zurückgestellt | <input type="checkbox"/> zurückgezogen | | | |

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

| | |
|------------------------|--|
| Entscheidungsergebnis: | |
| Gremium: | |
| Sitzung am: | |
| Beratungsergebnis: | |
| | |
| Gremium: | |
| Sitzung am: | |
| Beratungsergebnis: | |

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit der Einrichtung von 3 weiteren Stellen für Schulsozialarbeiter zum Schuljahr 2007/2008 wurde eine Verbesserung der Situation in diesem wichtigen Tätigkeitsfeld erreicht.

Dem fachlichen Ansatz folgend, dass Schulsozialarbeit präventiv geführt werden muss, ist der Ansatz des Netzes von Schulsozialarbeiten an den Potsdamer staatlichen Schulen unerlässlich.

Bisher erfolgte die Stellenzuweisung nach dem „Feuerwehr-Prinzip“, d. h. Schulsozialarbeiter kamen an den Schulen mit dem jeweils höchsten Konfliktpotenzial zum Einsatz.

Dieses Herangehen ist zunehmend in Frage zu stellen und durch den Grundsatz „Präventiv vor Reaktiv“ aufzuheben.